

hat, den Titel „Sekretär“ und ein Anfangsgehalt von 1800 Mk. wünschen, damit er im Alter von 28–30 Jahren sich gegenüber Gerichts- und Regierungsbeamten nicht zurückgesetzt zu fühlen braucht?

Ist es unbillig, wenn wir dem Oberkontroleur eine Dienstaufwandsentschädigung zugebilligt sehen möchten, die hoch genug bemessen ist, daß er die Bureaubedürfnisse, für die jetzt die Summe von 36 Mk. jährlich gezahlt wird, die Mehrausgaben im Bezirk, insoweit er nicht eigene Pferde hat, und den Mehrverbrauch an Uniformen davon bestreiten kann? Den Polizei-Distriktskommissarien der Provinz Posen, die Subalternbeamte 2. Klasse sind, und für die kürzlich ein konservativer Abgeordneter sogar Gleichstellung mit den Landräthen beantragte, wird eine Erhöhung der Dienstaufwandsgehalte schon in diesem Etat zu Theil, obwohl diese Gelder schon jetzt 50 mal höher bemessen waren, als die der Oberkontroleure. Mit Recht ist bei diesen Beamten geltend gemacht, daß sie nicht von ihrem Gehalt zuzulegen gezwungen sein sollten, und der Minister v. d. Röske hat in wohlwollender Weise zugesagt, daß die Aufbesserung in diesem Etat nur der erste Schritt zu weiteren Aufbesserungen sein solle. Es ist ja richtig, daß der Oberkontroleur um 300 Mk. im Anfangsgehalt erhöht ist, aber einmal ist diese Gehaltserhöhung nicht als Ersatz für die unzureichenden Bureaugehälter bestimmt, dann aber auch wird ein genauer Vergleich ergeben, daß der Regierungs-, der Kreis-, selbst der Gerichtsssekretär im gleichen Lebensalter mit dem Oberkontroleur bei geringerer wissenschaftlicher Vorbildung, ohne meistens Soldat gewesen zu sein, doch ein höheres Einkommen beziehen. Ja, wenn wir die Pferde noch hätten! Aber die Pferde hatten wir nur so lange, als die unzulänglichen Pferdegehälter gezahlt wurden. Nach der Erhöhung der Pferdegehälter ließ man die Pferde nur da, wo ein Lohnfuhrwerk nicht zu haben oder so theuer war, daß die Verwaltung keine Ersparnisse machen kann. Auch diese Maßregel war nicht geeignet, die Dienstfreudigkeit besonders zu heben. Es wäre wohl sicher richtiger gewesen, den Beamten die Pferde zu belassen, und, wenn nach der Erhöhung der Pferdegehälter ein kleiner Ueberschuß abfiel, diese immerhin doch nicht sichere Ersparniß lieber den Beamten zu gönnen, als jetzt die Fuhrgehälter häufig politisch unsicheren oder direkt regierungsfeindlichen Fuhrunternehmern, gewissermaßen als Prämie für ihre politische Gesinnung zuzuwenden.

Ist es zu weitgehend, wenn wir für den Haupt-Amts-Kontroleure den Titel Hauptamtsassessor anstreben, der den Bankbeamten schon lange zugebilligt wird; wenn wir dem Hauptamtsrendanten den Charakter als Rechnungsrath gleich bei der Ernennung gewährt sehen möchten, den z. B. die Rentmeister in durchweg jüngerem Lebensalter erlangen? Der Regierungsbeamte kann mit 28–30 Jahren Rentmeister werden, der Steuerbeamte bei den unüberspringlichen Vorstufen niemals vor dem 40. Jahre Hauptamtsrendant. Soll er nun in dieser Stellung erst wieder die bestimmte Reihe von Jahren dienen, ehe ihm der Charakter als Rechnungsrath verliehen werden kann? Wäre es bei dem eigenthümlichen Avancement der Steuer-Verwaltung nicht gerechtfertigt, eine bestimmte Zahl Dienstjahre für die Titelverleihungen, festzulegen, so daß z. B. ein Ober-Kontroleur nach 20 jähriger Dienstzeit, vom Tage des Eintritts ab gerechnet, den Titel „Steuer-Inspektor“, ebenso ein Haupt-Amts-Rendant nach 25 jähriger Dienstzeit den Charakter „Rechnungsrath“, ein Oberinspektor nach 30 jähriger Dienstzeit den Charakter „Steuer-Rath“ erhalten kann, wenn die sonstigen Vorbedingungen erfüllt sind? Damit würden auch die durch ungünstiges Avancement verursachten Härten beseitigt, denn es ist doch klar, daß z. B. ein unter normalen Verhältnissen mit 10 jähriger Dienstzeit zum Ober-Kontroleur beförderter Beamter nach den jetzt gültigen Bestimmungen in jüngeren Lebensjahren Steuer-Inspektor wurde, als ein in ungünstigen

Zeiten erst mit 14 Jahren in diese Stellung gelangter Beamter. Ersterer hat ohne eigenes Verdienst den Vortheil, eine höhere Stellung und besseres Einkommen 4 Jahre früher erreicht zu haben, als sein weniger glücklicher Kollege, der ohne eigenes Verschulden unter der Ungunst der Verhältnisse leidet. Ist es da nöthig, ihn nun auch noch 4 Jahre länger auf den Charakter „Steuer-Inspektor“ warten zu lassen?

Und wenn wir nun schließlich noch wünschen, daß unseren Steuer-Räthen der Rang der Räte 4. Klasse verliehen wird, so kann auch diese Forderung wohl nicht als unberechtigt bezeichnet werden, nachdem erst jüngst den Gewerberäthen diese Rangerhöhung zu Theil geworden ist. Es hieße ja Eulen nach Athen tragen, wollte ich die Wichtigkeit der Stellung eines Hauptamtsleiters näher erörtern, die man ja bei juristisch gebildeten Beamten für bedeutend genug hält, ihrem Inhaber den Titel „Regierungsrath“ zu verleihen. Auch der Wunsch, den tüchtigsten Steuer-Räthen die weitere Laufbahn nicht grundsätzlich zu verschließen, kann bei vorurtheilsloser Prüfung nicht maßlos genannt werden, und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß hervorragend tüchtige Arbeitskräfte unter unseren Steuer-Räthen vertreten sind, die auch in höheren Stellen gewinnbringend zu verwenden wären, denn was bei der Post möglich ist, kann auch bei uns nicht unmöglich sein.

Alle Stellen mit akademischer Vorbildung sind in letzter Zeit stetig gehoben worden; für die technischen Beamten ist wenig oder gar nichts gethan. Bei aller Werthschätzung des akademischen Studiums soll man doch auch den technisch geschulten Beamten mit abgeschlossener Gymnasialbildung nicht als eine *quantité négligeable* behandeln. In manchen Fächern hat er sich die wünschenswerthe Beachtung schon errungen, wie beim Post- und Bankfach. Sollte man ihm auch bei uns die gewünschte Anerkennung, gebe man ihm eine ausreichende Besoldung u. s. w., und man wird eine Saat säen, die für unsere Verwaltung die herrlichsten Früchte zeitigt und dem überwuchernden Unkraut herzvergiftender Unzufriedenheit den Boden entzieht! Nicht mit Worten, auch nicht mit Drohungen läßt sich eine Unzufriedenheit ertöden, die aus dem Vergleich mit anderen Beamtenklassen mit geringerer Vorbildung, denen wir nach Stellung und Einkommen nicht einmal gleich gestellt sind, stets neue Nahrung zieht! Möge unser oberster Chef prüfen und wägen, dann wird er unsere Wünsche nicht maßlos finden, mit deren Erfüllung er sich die tiefe Dankbarkeit aller Böllner für immer sichern würde!

Allen Kollegen aber, denen aus dem Herzen geredet zu haben ich sicher bin, rufe ich zu, womöglich noch gewissenhafter ihren Dienstpflichten nachzukommen, dabei aber dem Feldzeichen, das unser Vorkämpfer uns selbstlos und treu voranträgt, muthig zu folgen und jeder an seinem Theil, ohne seine Person unnöthig und nutzlos auszusetzen, dazu beizutragen, daß unserer ehrlichen Sache der endliche Erfolg nicht fehle! In der Klugheit und Mäßigung liegt die Bürgschaft späteren Sieges, denn, um mit Horaz zu sprechen:

„Vis consili expers, mole ruit sua;
vim temperatam di quoque provehunt
in majus; idem odere vires
omne nefas animo moventes.“ Outis.

Die hamburgischen Gehaltserparnisse.

I.

In der 40. Sitzung, den 14. Februar d. J. hat im Reichstage eine neue Interpellation über die bei den Gehältern der hamburgischen Zollbeamten von Hamburg gemachten Ersparnisse stattgefunden. Die Verhandlungen lauten nach dem amtlichen stenographischen Bericht folgendermaßen:

„Mollenbuhr, Abgeordneter: Meine Herren, im vorigen Jahr habe ich bei dem Titel „Gehalt des Staats-